

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/049/2017

Kreisausschuss am 06.11.2017

Zu Punkt 4.1: Erhalt des Sozialtickets hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.10.2017
--

KA Dr. Ibold erläutert den Hintergrund des Antrages seiner Fraktion.

KA K. Müller hinterfragt die Grundlage des Antrages. Er habe mit seiner Landtagsfraktion Rücksprache gehalten, die ihm mitgeteilt habe, dass keine Änderungen für das Sozialticket geplant seien. Er sieht insbesondere keine Zuständigkeit des Kreises in dieser Angelegenheit.

KA Völker meldet Beratungsbedarf an, da er das Thema noch nicht in seiner Fraktion ansprechen konnte, unterstützt jedoch die Ausführungen von KA K. Müller. Vorsorglich Anträge zu noch nicht feststehenden Gegebenheiten zu stellen, unterstütze er nicht.

KA Kuchler befürwortet die Idee, bereits jetzt Gespräche mit der Landesregierung zu führen, bevor eine Entscheidung getroffen werde und eine Einflussnahme nicht mehr möglich sei.

KA Dr. Ibold führt aus, dass es sich bei dem Antrag um eine landesweite Initiative handle und betont die Wichtigkeit der Unterstützung durch möglichst viele Gebietskörperschaften.

Auf Nachfrage von KA Völker erklärt KA Dr. Ibold, dass er die Information über eine Gefährdung des Sozialtickets aus seiner Landtagsfraktion habe.

Herr Richter merkt an, dass das Sozialticket nicht einfach auslaufe, da die entsprechenden Regelungen des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr greifen.

Aufgrund des angemeldeten Beratungsbedarfs der CDU-Fraktion verweisen die Kreisausschussmitglieder den Antrag ohne Beschlussempfehlung in die Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.2017.